

Zukunftswerkstatt Oberaargau 22. Mai 2014

1. Vorgehen

In der Schlussrunde im Plenum ergaben sich die folgenden Hinweise für das weitere Vorgehen:

1.1 Weiteres Vorgehen grundsätzlich:

- Es wäre gut wenn das Gefäss weiterbestehen könnte, institutionalisiert würde.
- Die Mehrheit befürwortet eine künftige Durchführung solcher Tagungen (eventuell mit Weiterbildungskredits)
- Die Organisationsgruppe wird als solche von den Teilnehmenden legitimiert.
- Betreffend Tagungen wird vorgeschlagen dass das Plenum durch die folgenden Institutionen und Berufsgruppen ergänzt werden sollte: Hausärzte, Kinderärzte, Leitungen der Tagesschulen, Polizei, Spielgruppen, Vertreter der Tageselternvereine, kantonales Jugendamt.

2.2 Weiteres Vorgehen konkret:

- Die Organisationsgruppe sichtet die inhaltlichen Erkenntnisse und Rückmeldungen, ordnet und strukturiert diese thematisch und macht Vorschläge zur Priorisierung. Diese Zusammenstellung wird den Teilnehmenden zur Verfügung gestellt mit der Bitte um Ergänzungen und Rückmeldungen.
- Es wird vorgeschlagen, dass für einzelne Themen Arbeitsgruppen gebildet werden, welche im kleinen Rahmen Themen vertiefen könnten (zum Beispiel eine Arbeitsgruppe frühe Kindheit).

2. Inhaltliche Rückmeldungen

2.1 Grundhaltungen, gemeinsame Sprache:

- Die bestehenden institutionellen Angebote im Oberaargau sind insgesamt ausreichend, d.h. es braucht keine zusätzlichen Fachstellen: es sollen im Oberaargau keine neuen Angebote geschaffen werden, sondern bestehende Angebote Anfalls ergänzt oder besser vernetzt werden
- Grundsatz: von der Sanierung zur Prävention
- Im Zentrum steht primär die Hilfe zur Selbsthilfe
- Unterstützung bemisst sich nicht an einer Diagnose, sondern aus dem sich zeigenden Bedarf
- Lebensweltorientierung, d.h. Abkehr von familienfremden Normen
- Es besteht ein Konsens, dass in Bezug auf Kinder und Jugendliche eine systemische Sicht im Zentrum steht

2.2 Früherer Zugang zu Familien, früher Angebote machen können:

- Wie erreicht man bedürftige Zielgruppen, wie behält man sie? Niederschwellige Angebote als Anlaufstellen und Frühwarnsysteme?
- Wie erreicht man Familien mit Bedarf möglichst frühzeitig, welche nicht von sich aus Hilfen aufsuchen würden? Allenfalls eine Arbeitsgruppe Frühbereich ins Leben zu rufen
- Eltern müssen möglichst früh über die Anforderungen von Kindergarten und Schule ins Bild gesetzt werden (fit für die Schule)
- Wie verhindert man, dass über längere Zeit sich Entwicklungsdefizite anhäufen, die zu einem späten Zeitpunkt kaum mehr kompensierbar sind?

2.3 Verbesserung der Transparenz der Angebote:

- Sinnvoll wäre eine bessere Transparenz der vorhandenen Angebote, zum Beispiel über eine Internetplattform
- Oder: Zentrale Anlaufstelle für Familienfragen, Eingangsportal
- Es wäre sinnvoll Handreichungen, Unterlagen und Flyer zu verschiedenen Themen für Eltern zu entwickeln und bereitzustellen

2.4 Angebote für Familien:

2.4.1 Vernetzungsmöglichkeiten von Eltern/Alltagsangebote für Eltern:

- Es braucht mehr Elternräte
- Ausbau von normalen niederschweligen Alltagsangeboten für Kinder und Eltern: Kinderspielgruppen, Elterncafés etc.

2.4.2 Versorgung mit familienergänzenden Tagesstrukturen:

- Die Rolle der Tagesschulen gegenüber anspruchsvollen Kindern muss geklärt werden (sozialpädagogische Aufgabe der Tagesschulen?)
- Es muss geklärt werden, wie auch ländliche Regionen zu Leistungen des Schoio kommen können (bei der professionalisierten Tagesstruktur)
- Es braucht mehr Kindertagesstätten und Tagesschulangebote
- Es fehlen Ferienbetreuungsplätze für Kinder

2.4.3 Aufsuchende Angebote:

- Es braucht mehr sozialpädagogische Familienbegleitung
- Für die freischaffenden SPF schafft das Finanzierungsmodell des Schoio eine schwierige Ausgangslage
- Eine mobile Krisenintervention, die Familien bei Krisen mit Kindern und Jugendlichen aufsuchen könnte wäre erwünscht

2.4.4 Versorgungslücke nach der obligatorischen Schulzeit:

- Ein Problemkreis ist der Wegfall von verbindlichen unterstützenden Strukturen nach Ende der obligatorischen Schulzeit (zum Beispiel bei Jugendlichen die noch keine Lehrstelle haben, bei denen ein moderates Gefährdungspotenzial besteht, aber keine Kinderschutzmassnahmen wie zum Beispiel eine Beistandschaft besteht)

Rock Your Life: Jugendliche des 8. und 9. Schuljahres, die gewillt sind Selbstverantwortung für ihre Zukunft zu übernehmen, werden während zwei Jahren von einem dafür geschulten Studierenden eins-zu-eins begleitet.

2.6 Kinder- und Jugendpsychiatrie:

- Die Notfallversorgung KJPD im Oberaargau muss verbessert werden
- Die Kinder und Jugendpsychiatrie KJPD muss wieder ein Standbein in der Region haben
- Es braucht Psychotherapieplätze für Kinder und Jugendliche vor Ort: durch den KJPD, aber auch mehr niedergelassene Kinderpsychiatrie
- Eine mobile Krisenintervention, die Familien bei Krisen mit Kindern und Jugendlichen aufsuchen könnte wäre erwünscht

2.7 Kinderschutz:

- Es braucht gut verfügbare regionale Notfallplätze für Kinder und Jugendliche
- Es sollte geklärt werden, wo Fachleute Konsilien zu Themen rund um Kinder und Jugendliche erhalten können (beispielsweise im Kinderschutz)
- Teilweise ungeklärt ist die Rolle und die Möglichkeiten der Beistandschaften (und die Erwartungen an dieselben)
- Es muss überlegt werden, wie bei gewissen Massnahmen (den freiwilligen, niederschweligen) mehr Verbindlichkeit hergestellt werden kann

2.8 Verbesserung der Netzwerke:

- Wie erzielt man eine schlankere Vernetzung, die nicht viel zusätzlichen Arbeitsaufwand bedeutet?
- Die Frage des Case-Managements bei komplexen Fällen, in denen grosses Hilfesystem aktiv ist, muss gelöst werden
- Wie kann man Tourismus zwischen den einzelnen Stellen verhindern?
- Bei aller Vernetzung: auch das Problem einer möglichen Stigmatisierung von Familien im Auge behalten werden (neue Chance)

2.9 Übergeordnete institutionelle Anliegen:

- Die Vernetzung zwischen GEF, ERZ, JGK muss verbessert werden
- Vermeiden von Parallelangeboten, bessere Nutzung von Synergien
- Vereinheitlichen, verschlanken und vereinfachen von Finanzierungsmöglichkeiten
- Eine Schwierigkeit sind z.T. die sehr heterogenen Trägerschaften: kommunal, interkommunal, kantonale; privat, staatlich, Vereine, Stiftungen, etc. Unterschiedliche Wege und Finanzierungsmodelle.